

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Kaiser hat Vorschriften über die Dienstwohnungen der Reichsbeamten genehmigt. Diese sollen auf alle Dienstwohnungen der Reichsbeamten mit Ausnahme der des Reichskanzlers und der Vorstände solcher Amtszweige, hinsichtlich deren eine Stellvertretung des Reichskanzlers nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. März 1878 zulässig ist, ferner der Dienstwohnungen der Postämter und der servisch-berechtigten Beamten der Militär- und Marineverwaltung, Anwendung finden.

*Der deutsche Kronprinz und sein Bruder Citel Friedrich haben ihre Mittelmeerreise angetreten; sie sind am Sonntag in München, am Montag in Mailand eingetroffen, von wo aus die Reise nach Brindisi ging, woselbst das Schiff bestiegen wurde.

*Prinz-Regent Luitpold von Bayern hat an den früheren Minister-Präsidenten Grafen Crailsheim ein neues, anerkanntes Hand schreiben gerichtet. In den Münchener Hofreisen wird diese Tatsache auf lebhafteste besprochen, da er gerade vom Standpunkte der höfischen Tradition außergewöhnlich erscheint, nachdem doch schon Crailsheims Entlassungsgesuch durch Hand schreiben angenommen worden war. Die besondere Form der Ehrung ist offenbar auch deshalb gewählt worden, weil eine andere Verwendung des Grafen im Staatsdienste, nach seinem bisherigen Range, ausgeschlossen und eine Dekoration unmöglich war, da er die höchsten bayerischen Orden längst besitzt.

*Dem Präsidenten Roosevelt hat der Kaiser mitgeteilt, daß die Überwindung der Statue Friedrichs des Großen in anbetradt des unfertigen Zustandes der Kriegsakademie in Washington, vor welcher das Denkmal errichtet werden soll, nicht vor 1904 stattfinden werde.

*Der Bundesrat hat eine neue Zollordnung für den Kaiser Wilhelmkanal erlassen.

*Über die Enteignung von Grundeigentum in den deutschen Schutzgebieten ist eine kaiserliche Verordnung erlassen, die im Reichsanzeiger veröffentlicht wird. Hiernach kann das Eigentum aus Grundbesitz, aus Gründen des öffentlichen Wohls für Unternehmen, deren Ausübung das Enteignungsrecht erfordert, gegen Entschädigung entzogen oder beschränkt werden.

*Verschiedene Eisenbahndirektionspräsidenten sollen ihre Entlassung eingereicht haben. — so ist man wenigstens in den Blättern —: Excellenz Bundes Überraschungskommissionen.

*Kaiser Franz Joseph ist Montag nachmittag nach Budapest abgereist, wo er etwa 14 Tage zu bleiben gedenkt.

*Ein Tadelvotum gegen den früheren sozialdemokratischen Minister Millerand wegen dessen Abstimmung über Disziplinarmassnahmen in der Armees hat der sozialistische Verband in Paris mit 75 gegen 55 Stimmen angenommen. Millerands Anschluß aus der Partei wurde mit 72 gegen 52 Stimmen abgelehnt.

*Das gemeinschaftliche Vorgehen Englands und Deutschlands in der venezolanischen Angelegenheit wurde am Montag im Oberhause, hauptsächlich mit Rücksicht auf die von Deutschland erwirkte weit größere Entschädigungssumme, einer sehr mäßigen Kritik unterzogen, worauf Lord Lansdowne es sich angelegen sein ließ, die erhobenen Bedenken einer eingehenden Widerlegung zu unterziehen.

*In Norwegen nahm die Partei der Linken ein Programm an, dessen Hauptpunkte sind: Fortgesetzte Arbeit für Schiedsgerichte und Neutralität, Versicherung gegen Invalidität, fete und geregelte Sparsamkeit im Staatshaushalt und fortgesetzte Arbeit für die Entwicklung der Erwerbszweige des Landes.

Truggold.

44 | Roman von Anna Seyffert-Klinger.

So war Anni in die Villa übergeführt, einem verschwiegenen Wogelchen gleich, froh, einen Unterschlupf gefunden zu haben.

Die Wälder waren nach verschiedenen Richtungen auseinander gegangen, Hans nach Florenz, um angestrengt an einem größeren Werke zu arbeiten, und Heinrich nach Norddeutschland, um die Geschäftsverhältnisse seines verstorbenen Kompagnons zu regeln und den Besitz der Bernsteinerherbe anzutreten.

Er war wie wiedergeschmettert, als er erfuhr, daß Marius alle Vorräte verloren hatte, und sah schon die Zeit vor sich, wo er wieder als schlechtbezahlter Ingenieur einen großen Teil des Tages in überhitzten Büroräumen schmachten mußte.

Er brach gezwungenermaßen alle schon angeknüpften Beziehungen ab, die er als Chef eingegangen, ebenso die reichen Geldmittel, die ihm Baronin Albers zur Verfügung stellte, zurückweisend. Er hatte vollständig verzichtet. Der einfache Beamte würde niemals um die Baronin, die Universalerin eines Millionenreichs, werben, das war ausgeschlossen.

Da jedoch trafen Tag für Tag die Nachrichten von den reichen Gewinnen des Bernsteins aus der Ostsee ein. Marius war ehrlich genug gewesen, Heinrichs Geld als erste Hypothek auf das neue Unternehmen einzutragen, so daß er sich nun als Mitbesitzer des Lagers betachten konnte

Balkanstaaten.

*Der Sultan zeigt wenigstens den guten Willen, die ihm zugewandten Reformen in Macedonien durchzuführen. Vor allem sollen die Gendarmen und Beamten pünktlich ihr Gehalt bekommen und zwar durch die Ottomanische Bank. Diese ist bereits angewiesen worden, das Reglement für den Dienst, mit dem sie in den drei macedonischen Vilajets betraut ist, auszuarbeiten. Das Reglement werde von den Vorgesetzten Österreich-Ungarns und Russlands begutachtet werden. Diese würden auch die Anweisung für die Überwachung der Ausführung der Reformen durch die beiderseitigen Konsularorgane ausarbeiten. Wie es weiter heißt, beginnt man nach den Konsularberichten infolge der Annahme der Reformen durch den Sultan jetzt mit der Durchführung der Amnestie.



O. Bismarck.

Der neue Oberpräsident der Provinz Posen, war vor 13 Jahren noch Regierungs-Assessor, dann wurde ihm das Nieder-Pommerner Landratsamt übertragen, das er bis Anfang 1898 leitete, worauf er zum Oberpräsidialrat ernannt und nach Königsberg versetzt wurde. Seit drei Jahren war er als Nachfolger des Herrn Fieschowitz v. Fieschowa als Regierungspräsident tätig; vorher arbeitete er als Oberpräsidialrat unter Wilhelm v. Bismarck. Herr v. Bismarck ist Hauptmann der Reserve des 2. Gardebregiments zu Fuß und Ehrenrechtsritter des Johanniter-Ordens.

Amerika.

*Der Senat der Ver. Staaten ist vom Präsidenten Roosevelt auf den 5. d. einberufen zur Beratung des Panama-Vertrages und des Gegenseitigkeitsvertrages mit Cuba.

Afrika.

*Die Offiziere des Sultans von Marokko verbreiten eine ganz neue und eigenartige Lesart über den Stand der Dinge: Einem Telegramm aus Melilla zufolge hält sich der Präsident mit einer kleinen Anzahl seiner Anhänger verborgen. Er ist umzingelt, und der Kriegsminister Menekhi erklärte, er könne ihn durch Inbrandsetzen des Gehölzes, in welches er sich geflüchtet habe, umkommen lassen, er ziehe es aber vor, ihn lebend gefangen zu nehmen. (Nur fragt es sich auch, was der Vater der Gelin!) vorziehen wird!)

*Die Londoner Daily Mail berichtet aus Harar: Die staunenswerte Beweglichkeit der Truppen des Mullah dürfte die Engländer zwingen, einen noch längeren Feldzug zu führen als den gegen die Buren. (Eine angenehme Aussicht!) Die Haltung der Eingeborenen-Stämme ist eine sehr feindliche.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erlebte am Montag den Rest des Postkates und den Etat der Reichsdruckerei. Die Debatte zerplitterte sich fast durchweg in Einzelheiten. Für die Ober- und Unterbeamten wurden alle möglichen und unmöglichen Rechte, Erleichterungen und Verbesserungen erbeten, namentlich wurde auf

Seine Anwesenheit dort wurde immer notwendiger, und so nahm er Abschied von dem ehrwürdigen, herrlichen Rom, von der blaffen, leidenden Baronin, von seinem Schenderleben.

Angestrengte Arbeit wartete seiner in dem kalten unwirtlichen Deutschland, aber allem Anschein nach auch reiche Ernte.

Den beiden Frauen flossen die Tage in stiller Trauer dahin. Sehr bald erkannte Lisa, daß Anni eine ganz andere geworden war, und was ihr noch fehlte, das suchte sie sich in steter Selbstbeherrschung anzueignen.

Für die Baronin zeigte sie eine rührende Anhänglichkeit, und auch diese schloß sie sich dem trübsinnigen, liebesbedürftigen Geschöpfchen mehr und mehr hinzugeben.

Als kaum ein halbes Jahr vergangen war, da begann das Wöglein schon zu zwischern, und nach einigen weiteren Monaten erschien Hans auf der Bildfläche.

Seine Arbeiten brachten ihm Anerkennung und blinkende Münze ein, er konnte getroßt daran denken, sich ein Heim zu gründen.

Es gab eine stille Hochzeit, ohne jeden Prunk. Anni erschien in einem schlichten weißen Mullkleide zu der Zeremonie, die Diamanten fehlten, aber in ihrem Herzen trug sie jetzt einen hellleuchtenden Edelstein, der im Feuer heimlicher Reue und Schmerzen glänzte: war: Die wahre, echte, hingebende Liebe, die seitene Märchenblume des Glückes.

Die Baronin blieb zwei volle Jahre einsam, dann endlich durfte auch Heinrich die Braut heimführen. Er hatte schwer gekämpft für den

Befreiung vom Sonntagsdienste und auf bessere Wohnungsverhältnisse plädiert. Auch die bekannten Gummimittel der Postkaten kamen wieder aufs Tapet, für die Landbriefträger wurde manche Lange gebrochen und in der Zustellung der Postanweisungen größere Pünktlichkeit gefordert.

Am 3. d. steht zunächst auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Reichs-Invalidenfonds. Die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Petitionen, die sämtlich die Gewährung von Invalidenpensionen betreffen, wird hiermit verbunden.

Referent Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und teilt mit, daß der Titel „Veteranenbeihilfe“ in diesem Jahre von 7 1/2 auf 9 Millionen erhöht sei; in der Kommission sei der Wunsch ausgesprochen, die Veteranenbeihilfe aus dem Invalidenfonds herauszunehmen und ganz aus allgemeinen Reichsmitteln zu bestreiten.

Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (nat.-lib.) behauptet, daß noch immer so viel anerkannte Veteranen aus Mangel an Mitteln nicht die Beihilfe von 120 Mk. jährlich bekämen. Da der Reichsinvalidenfonds in absehbarer Zeit erschöpft sei, so empfehle sich die Einführung einer Wehrsteuer.

Abg. Arendt (freisof.) betont, daß die Ansprüche der Kriegsinvaliden schon im vorigen Jahre durch einen Nachtragsetat hätten befriedigt werden müssen. Das Volk sei für die von ihm empfohlene Wehrsteuer, wenn es auch die Presse nicht sei.

Staatssekretär Fch. v. Thielmann hebt hervor, daß bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches nicht alles von dem Invalidenfonds auf den allgemeinen Etat übernommen werden könnte, so glücklich dieser Gedanke auch sonst sei. Nach der Erhöhung des Invalidenfonds würden ja die Leistungen auf den allgemeinen Etat übernommen werden. Die Wiederherstellung der Wehrsteuer sei bedenklich, auch würde diese Steuer nicht alle Bedürfnisse decken. Der Staatssekretär empfiehlt zum Schlusse Annahme der Kommissionsvorschlüsse.

Abg. Battendorff (Zentr.) äußert sich in gleichem Sinne.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) erklärt, daß der Reichstag nicht eher ruhen werde, als bis alle Ansprüche der Kriegsinvaliden erfüllt seien.

Abg. Werner (Antif.) erklärt sich für die Wehrsteuer.

Abg. Graf Ronn (kons.) spricht seine Empörung darüber aus, daß das Militär-Pensionengesetz auch in diesem Jahre wieder nicht fertig werden soll.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Etat des Reichsinvalidenfonds bewilligt. Die Petitionen werden nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichseisenbahnamts.

Abg. Pachnide (freis. Vgg.) verlangt Vereinfachung der Tarife und Verbilligung derselben namentlich auch für den Personenverkehr. Der Verkehrs- und Finanzminister dächten bei solcher Reform immer nur an Ertrags-Anwände, aber nicht daran, daß doch bei Herabsetzung der Fahrpreise auch Verkehrszunahmen stattfänden, die den Ausfall sehr bald mehr oder weniger ausgleichen. Auch die Gebührensverbesserung sei zu teuer. Das Gegenteil einer Reform sei die in Sachfen beabsichtigte, denn in ihrem Totalergebnis laufe diese nicht auf Verbilligung, sondern auf Verteuerung des Personenverkehrs hinaus. Redner kritisiert dann die neuartigen Aufstellungen des preussischen Eisenbahnministers im Abgeordnetenhaus gegen den Eisenbahner-Verband und die Sozialdemokratie als sich gegen das Koalitionsrecht der Eisenbahnangestellten richtend. Damit züchte man unter den Beamten nur Feindschaft.

Abg. Gasse (nat.-lib.) bemängelt die Zugverbindungen zwischen Berlin-Leipzig und Halle-Leipzig.

Präsident des Reichseisenbahn-Amtes Schulz wendet hiergegen ein, die Umstellung von Kurswagen sei schon jetzt eine so umfangreiche, daß dadurch die Züge ungeniebar erchwär würden. Was die von Herrn Pachnide angeregte Zentralstation anlangt, so sei das eine Frage der Zeit. Auf die Frage des Koalitionsrechts sei der preuss. Eisenbahnminister im Abgeordnetenhaus hinreichend eingegangen.

Abg. v. Kardorff (freisof.) begrüßt das energische Vorgehen der preussischen Eisenbahnverwaltung, damit es nicht bei uns zu Zuständen käme wie in Holland. Weiter protestiert Redner gegen Pachnides Verlangen nach Personentarifherabsetzung. Er halte im Gegensatz dazu eine Fahrkartensteuer nach holländischer Muster für angezeigt. Wenn man für die erste Klasse 10 Prozent, für die zweite Klasse 5 Prozent und für die dritte Klasse 1 Prozent des Preises der Fahrkarte erhebe, so würde man bei diesem Prozentsatz schon 25 bis 30 Mill. Mk. jährlich erzielen.

Abg. Müller-Meinungen (fr. Vgg.): Das

sind gar schöne, neue Steuerprojekte, mit denen man uns da kommt. Eine solche Verkehrssteuer, das fehlt gerade noch! Und lobad es sich um Güter statt um Personen handelt, da wollen Sie Tarifherabsetzung, natürlich, denn haben ja namentlich auch die Agrarier Vorteil! Weiter beklagt sich Redner über mangelhafte Verkehrsverbindungen in Thüringen. Überhaupt habe man in Thüringen viel Anlaß, sich über die preussische Eisenbahnpolitik zu beschweren.

Präsident Schulz: Die einzelnen thüringischen Beschwerden gehören nicht zu meiner Kompetenz, höchstens die Zugverbindungen auf der Werrabahn. Gerade die sind aber unter preussischer Verwaltung besser geworden. Im übrigen ist ja der preussische Eisenbahnetat im Abgeordnetenhaus behandelt worden, ich weiß nicht, was den Minister Budge heute veranlassen sollte, hier zu sein.

Abg. Stolle (soz.) klagt wieder über Säufigkeit der Eisenbahnunfälle und führt sie zurück auf Überbürdung der Beamten und Arbeiter. Auch polemisiert Redner gegen die Stellungnahme des Ministers Budge gegenüber dem Eisenbahnerverband, um dann die neue sächsische Personentarifreform lebhaft zu bemängeln. Die Reform schädige vor allem die Arbeiter.

Präsident Schulz erklärt abermals, auf die Beschwerden wegen verweigerter Koalitionsrechte nicht eingehen zu wollen. Unzutreffend seien aber jedenfalls die Behauptungen des Redners, daß die mit Tod verknüpften Unfälle bei den preussischen Bahnen besonders häufig seien, sowie daß die Zahl der Zugunfälle, der Entgleisungen und Zusammenstöße, zugenommen habe. Das Gegenteil sei der Fall. Die Sicherheitsvorkehrungen hätten sich im allgemeinen vorzüglich bewährt.

Abg. Schrader (fr. Vgg.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß in der Tariffrage das Reichseisenbahnamt ganz in den Hintergrund gedrängt worden sei. Redner betont die Notwendigkeit einer Tarifreform.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) wendet sich gegen den Abg. Stolle und billigt das Verhalten des preussischen Eisenbahnministers gegenüber der sozialdemokratischen Organisation der Eisenbahner.

Abg. Deich-Koburg (fr. Vp.) erörtert lokale Fragen im Bereiche der Werrabahn.

Abg. Zubeil (soz.) desgleichen über Spandauer Bahnhofsverhältnisse, sowie Bahnarbeiter-Verhältnisse.

Geh. Rat v. Merziani erklärt, daß ein Umbau des Bahnhofes bereits geplant sei.

Hierauf erfolgt Vertagung.

Preussischer Landtag.

Am Montag stand auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses die Interpellation Wackmann (nat.-lib.) u. Gen., ob die Staatsregierung Kenntnis davon genommen habe, daß die katholische Geistlichkeit in Trier im Anschluß an einen Erlass des Bischofs Korum von der Kanzel eine Erklärung verlesen habe, die katholische Eltern, deren Kinder die staatliche höhere Mädchenschule besuchten, mit Zwangsmitteln bedroht, und wie die staatliche Autorität gewahrt werden solle. In Verantwortung der Interpellation sprach Ministerpräsident Graf Bilow sein Bedauern aus über das Vorgehen des Bischofs Korum, der sich selber vorher mit dem Ministerpräsidenten hätte ein Vernehmen setzen sollen, und bestätigte, daß der preuss. Gesandte in Rom beauftragt worden sei, mit der Kurie über die in Rede stehenden Fragen zu verhandeln. Kultusminister Stubt sprach die Hoffnung aus, daß das Vorgehen des Bischofs Korum ein bereinigtes bleiben möge und erklärte, daß die Staatsregierung mit aller Energie dafür eintreten werde, daß die Rechte des Staates gewahrt und der konfessionelle Friede erhalten bleibe. In der Besprechung der Interpellation nahmen die Zentrumstreder das Vorgehen des Bischofs Korum in Schutz, während es von den Rednern der übrigen Parteien übereinstimmend verurteilt wurde. Gegen Schulz der Debatte nahm Ministerpräsident Graf Bilow nochmals das Wort und schloß: „Wir sind tolerant gegenüber den Aberglauben anderer, aber gegenüber der Intoleranz können wir nicht und werden wir nicht tolerant sein können.“

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die Beratung des Etats der Wasserverwaltung fortgesetzt. Zu einer längeren Erörterung gab zunächst Anlaß die Neuordnung einer Unterstaatssekretariatsstelle, die der Minister neben einer neuen Ministerialdirektorstelle als zu seiner Entlastung nötig bezeichnete. Die Budgetkommission hatte anstatt der Unterstaatssekretariatsstelle eine Direktorstelle bewilligt. Die Regierungsvorlage wurde angenommen. Zum Titel „Technisches Überprüfungsamt“ wurde ein Antrag Friesberg (nat.-lib.) auf Zulassung zur Baumeisterprüfung für diejenigen, die die Diplomprüfung bestanden haben, einstimmig angenommen mit einem Zusatzantrag des Grafen Limburg-Stirum, daß diese Zulassung keinen Anspruch auf eine Staatsstellung begründet. Der Minister sagte wohlwollende Prüfung des Antrages zu.

des unbedienten Lofes wegen, das mich so lange zur Einsamkeit verurteilte!“

„Schilt mir das Schicksal nicht, Geliebter,“ sagte Lisa ernst, „ich bin tief überzeugt, daß alles, was auch geschieht, unbedingt zu unserem Besten ist. Wer sich nicht auflehnt gegen das Geschick, sondern sich demütig dem Wechsel der Stunden beugt, immer bemüht, die Stelle, die ihm gerade zuerteilt wurde, auszufüllen, wer rein und schuldlos aus allen Prüfungen hervorgeht, dessen heimliche Seuzer verhalten nicht ungehört, das ist so sicher, wie wir über uns den blauen Himmel sehen!“

Heinrich lächelte die Lippen, die so glaubensfeste Worte sprachen.

„Wie edel du geblieben bist trotz all der schweren Stunden und des großen Leides, das dich getroffen. In deiner festen Zuversicht auf eine endliche Erlösung tanst du wohl fiels die Kraft, die Gegenwart mutig zu tragen?“

Sie schüttelte leise den Kopf. „Das wäre eine sinnhafte Ironie gewesen, Lieber! Nein, in dem Frieden meines Herzens fand ich fiels mein Glück, auch in leidvollen Stunden. Aber wir wollen doch die Vergangenheit ruhen lassen — das Leben ist ja so schön!“

„Ja, tausendmal ja, mein Herzensliebding! Und deine Worte sollen auch gelten! Immer treu und tapier im Wechsel der Tage, dann ist unser Glück für alle Zeit gesichert!“

„Für alle Zeit!“ wiederholte sie mit einem innigen Bächeln.